



Hessisches Kultusministerium
Staatsministerin Dorothea Henzler
Luisenplatz 10
65187 Wiesbaden

60326 Frankfurt a.M.
Idsteiner Straße 47
☎ 069/758917-0
☎ 069/758917-12
FAX 069/758917-10
e-mail: geschaefsstelle@leb-
hessen.de
27. März 2009

Per E-Mail an vorzimmermin@hkm.hessen.de

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Henzler,

am 21. März 2009 fand in Lampertheim das Treffen der Kreis- und Stadelternbeiräte und des Landeselternbeirates Hessen statt. Die anwesenden Elternvertreter fanden es außerordentlich bedauerlich, dass seitens der Hausspitze des Hessischen Kultusministeriums kein Gesprächspartner anwesend war.

Trotzdem fand eine Diskussion über die Themen statt, die für hessische Eltern des dringenden Dialoges bedürfen. Daher haben die Elternvertreter den Vorstand des Landeselternbeirates gebeten, Ihnen diese Themen zur Kenntnis zu bringen.

Ganztagsangebote

Bei der Errichtung von Ganztagesangeboten ist es aus Sicht hessischer Eltern dringend erforderlich, besonderes Augenmerk auf eine altersgemäße Rhythmisierung des Schultages zu legen. Sinnvoll hat sich die Einführung von Jahrgangsteams erwiesen, da diese zu einer vermehrten Kommunikation im Team führt. Wir erachten dies für besonders zielführend, da mit einer praktizierten Kultur der Kommunikation aller Beteiligten präventiv Mobbing u.ä. entgegen gewirkt werden kann. An allen ganztägig arbeitenden Schulen ist die Einführung eines Mittagstisches unerlässlich. Voraussetzung für eine gute Schule ist, wie wir dies schon in der Vergangenheit geäußert haben, eine ausreichende personelle, räumliche und sachliche Ausstattung unserer Schulen.

Viele hessische Schulen haben bereits Konzepte für den ganztägigen Schulbetrieb erarbeitet und aktualisieren diese. Daher haben die hessischen Elternvertreter den Wunsch, mehr Transparenz in den vorgenommenen Genehmigungsverfahren des Kultusministeriums zu erfahren und nicht nur Schulen mit pädagogischer Mittagsbetreuung zu genehmigen, sondern Ganztagschulen, wie wir sie oben beschrieben haben.

Es sollte jeder Schule, die Ganztagschule werden möchte, die Umsetzung ermöglicht werden.

Quereinsteiger

Wir Eltern legen großen Wert auf die pädagogische und didaktische Qualifikation der Lehrkräfte unserer Kinder. Wir befürchten, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer aufgrund der Einstellung von Quereinsteigern weiter an Wertschätzung verlieren werden. Dies gilt

es aus unserer Sicht zu verhindern. Daher erachten wir es für unerlässlich, dass bei Quereinsteigern weitreichende Maßnahmen zur Nachqualifizierung ergriffen werden. Bei den beruflichen Schulen sehen wir allerdings den Vorteil, dass eine engere Verzahnung zwischen Theorie und Praxis erfolgen kann, ebenso wie wir eine praxisnahe Qualifikation als Gewinn für den berufsvorbereitenden Unterricht ansehen.

Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter

Die Vorfälle in Winnenden haben in uns Eltern – und auch bei unseren Kindern - eine große Beunruhigung ausgelöst. Unseren rd. 700.000 Schülerinnen und Schülern und rund 1.400.000 Eltern, sowie mehr als 60.000 Lehrerinnen und Lehrern und Schulleitungen stehen im Haushalt aktuell 79 Schulpsychologen gegenüber, deren Wirken insbesondere unter dem Aspekt der Prävention sehr hilfreich ist. Bei wachsenden Aufgaben in den Schulen und in den Schulämtern ist die Zahl seit den 1990er Jahren unbegreiflicherweise jedoch rückläufig.

Bereits am 09.Mai.2006 hat daher der hessische Landtag einstimmig festgestellt, dass der systematische Aufbau eines flächendeckenden Netzes schulpsychologischer Dienste und die Sicherstellung einer fachpsychologischen Beratung der Schulen in Fragen der Gewaltprävention, sowie bei Vorliegen psychischer Störungen bei Schülerinnen und Schülern, die zu zahlreichen Problemen in den Klassen führen, erforderlich sind. Dieser Beschluss des hessischen Landtages wurde bisher nicht umgesetzt. Unter dem Eindruck der aktuellen Geschehnisse drängen wir darauf, die Umsetzung des Beschlusses nun herbei zu führen.

In der Prävention ist es unbedingte Notwendigkeit, die Grundlagen bereits in den Grundschulen herzustellen. Wir regen dringlich an, auch in den Jahrgängen 6 und 7 eine Klassenleiterstunde pro Woche zu ermöglichen.

Klassenfrequenz/ Klassengröße

Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass wir der Koalitionsvereinbarung entnehmen konnten, dass die Klassengröße in den Eingangsklassen auf die Regelgröße reduziert werden soll und die Sternchenregelung ab dem kommenden Sommer entfallen wird. Sorge machen uns allerdings Berichte aus den Kreisen und Städten, dass eine zunehmende Tendenz besteht, in den 2. und 3. Klassen der Grundschulen Klassen zu teilen und zusammen zu legen. So entstehen wieder größere Klassen, die in den jeweiligen Lerngruppen zu großer Unruhe führen und mehr als 25 Kinder in einer Klasse beschult werden.

Die hessischen Elternvertreter bitten Sie daher, dies zu überprüfen und diese geübte Praxis zu beenden. Nur in konstanten und kleineren Lerngruppen können die Grundlagen für einen bestmöglichen Bildungsabschluss gelegt werden.

Gemeinsamer Unterricht/ Integration behinderter Kinder

Eltern haben in Hessen das manifestierte Recht, den Bildungsgang ihres Kindes wählen zu können. Dieses Recht steht auch denjenigen Eltern zu, deren Kind eine Beeinträchtigung mitbringt. Aus diesem Grund muss jedem Kind, für das dies von den Eltern für richtig und hilfreich erachtet wird, eine Möglichkeit zur Verfügung stehen, gemeinsamen Unterricht zu besuchen. Die Zahl der Plätze für den gemeinsamen Unterricht ist in den letzten Jahren stetig reduziert worden. Die Ausweitung dieses Angebots ist nun geboten, um dem Elternrecht Rechnung zu tragen.

Inklusion statt Integration

Die UN-Behindertenkonvention wurde durch den Bundestag und den Bundesrat Ende 2008 verabschiedet. Seit dem 1.Januar 2009 ist diese nun als Bundesgesetz unter Länderbeteiligung auch für Hessen verbindlich. Erstmals werden in diesem Gesetz die

Rechte behinderter Schülerinnen und Schüler umfassend formuliert und ihnen das Recht eingeräumt, eine Regelschule zu besuchen. Leider ist in Hessen das Recht dieser Schülerinnen und Schüler auf eine Integrationsmaßnahme an einer Regelschule begrenzt, sowie auf die vorhandenen personellen, sächlichen und finanziellen Mittel beschränkt. Dies verstößt gegen die UN-Behindertenkonvention. Wir Eltern fordern eine sofortige Umsetzung dieser Konvention an hessischen Schulen. Insbesondere fordern wir, den Schülerinnen und Schülern nicht nur das Recht auf eine inklusive Schulbildung zu verschaffen, sondern auch die Lehrkräfte auf den Umgang mit behinderten Schülern in der Aus- und Fortbildung vorzubereiten und diese in dem Umgang mit dem Nachteilsausgleich zu schulen.

Alle diese Themen haben für die hessischen Elternvertreter eine gewichtige Bedeutung. Wir Eltern wünschen uns den Dialog mit der Hausspitze der hessischen Kultusministerin. Daher wurden wir auch beauftragt, Sie um einen zeitnahen Termin für ein erneutes gemeinsames Treffen zu bitten.

Der Vorstand des Landeselternbeirates trifft sich regelmäßig mit den Vorständen der Kreis- und Stadtelternbeiräten zu einem informellen Austausch. Das nächste Treffen findet am 23. April 2009 um 19.00 Uhr in Frankfurt statt. Um den Dialog zu beginnen, würden wir Sie sehr gerne zu dieser Sitzung einladen und uns sehr freuen, wenn wir von Ihnen eine Zusage erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Kerstin Geis
Vorsitzende



Armin Wagner
stellvertr. Vorsitzender